

ZETKIN JOURNAL

AUFSTIEG DES FASCHISMUS

Perspektiven aus Nord- und Südamerika, Afrika und Asien



Atul Chandra – Neofaschismus in Indien: Parallelen und Kontraste zum historischen Faschismus

Steven Lee – Blutschwüre, Totenschädel und Kriegsrrecht: Ein kurzer Blick auf den koreanischen Faschismus

Arwa Hashhash – Faschismus und Antikolonialismus in Nahost und Nordafrika: Über das Wesen des Zionismus und des politischen Islam

Booker Omole – Die Faschisierung des kenianischen Staates unter Ruto

Miguel Enrique Stédile – Eine extreme Rechte der besonderen Art, wie sie in Lateinamerika zu beobachten ist

Brian Becker – Aufbau einer faschistischen Reserve für die USA und darüber hinaus



**ZETKIN
FORUM
FOR SOCIAL
RESEARCH**

ZETKIN JOURNAL

AUSGABE 01
MAI 2025



Aufstieg des Faschismus

Perspektiven aus Nord- und
Südamerika, Afrika und Asien

Einführung	4
<i>Zetkin Forum for Social Research</i>	
Neofaschismus in Indien: Parallelen und Kontraste zum historischen Faschismus	7
<i>Atul Chandra</i>	
Blutschwüre, Totenschädel und Kriegsrecht: Ein kurzer Blick auf den koreanischen Faschismus	2
<i>Steven Lee</i>	
Faschismus und Antikolonialismus in Nahost und Nordafrika: Über das Wesen des Zionismus und des politischen Islam	17
<i>Arwa Hashhash</i>	
Die Faschisierung des kenianischen Staates unter Ruto	22
<i>Booker Omole</i>	
Eine extreme Rechte der besonderen Art, wie sie in Lateinamerika zu beobachten ist	25
<i>Miguel Enrique Stédile</i>	
Aufbau einer faschistischen Reserve für die USA und darüber hinaus	29
<i>Brian Becker</i>	

Einführung

Vom Zetkin Forum for Social Research

„Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster.“¹

Der italienische Kommunist und Antifaschist Antonio Gramsci schrieb diese berühmten Worte 1930 während der Zwischenkriegszeit in Europa. Heute, fast ein Jahrhundert später, scheinen sie wieder brandaktuell.

Zu Gramscis Zeiten erkannte die organisierte Arbeiterbewegung im Faschismus den offenen Terror im Interesse der herrschenden Monopolbourgeoisie. Dieses Phänomen war nicht auf Italien und Europa beschränkt. Progressive antikoloniale Theoretiker zogen schnell eine Parallele zwischen der Barbarei des deutschen Faschismus, der Anfang der 1940er Jahre weite Teile Europas unterjocht hatte, und der Gewalt und Ausbeutung der Kolonisierung des globalen Südens, die die Voraussetzung für die ursprüngliche Akkumulation in Europa gewesen war. Der aus Martinique stammende Dichter und Denker Aimé Césaire hat es auf den Punkt gebracht:

„[...] es ist der Nazismus, ja, aber bevor [die Europäer] seine Opfer waren, waren sie seine Komplizen; sie haben diesen Nazismus geduldet, bevor er ihnen zugefügt wurde, sie haben ihn entschuldigt, die Augen davor verschlossen, ihn legitimiert, weil er bis dahin nur auf außereuropäische Völker angewandt wurde [...]“.²

Die genaue Analyse der politischen Verhältnisse und damit verbunden, des Verständnisses vom Faschismus bleibt bis heute eine komplizierte und unabdingbare Aufgabe fortschrittlicher Bewegungen. Es ist keine theoretische Spielerei, sondern von größter praktischer Relevanz, genau zu verstehen, mit welcher Form der politischen Herrschaft man es zu tun hat, welche sozialen Triebkräfte sie hervorbringt und welche Interessen sie ausdrückt. Schon seit den 20er Jahren in Europa ging es um die Frage wie die revolutionäre Arbeiterbewegung den Widerstand gegen den Faschismus organisieren kann, inwiefern der Kampf um Demokratie mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden werden muss, ohne diejenigen Verhältnisse zu verewigen, die erst die Entstehung des Faschismus ermöglicht hatten.

1 Diese Übersetzung ist populär geworden, aber sie ist nicht ganz korrekt. Das Originalzitat aus den Gefängnisheften Bd.3 (1930) von Gramsci lautet wie folgt: „Die Krise besteht gerade darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann: in diesem Interregnum ereignen sich morbide Erscheinungen verschiedenster Art.“

2 Erstmals veröffentlicht als „Discours sur le colonialisme“ bei Éditions Présence Africaine, 1955.

Diese Fragen sind heute so aktuell wie vor 100 Jahren. Es gibt keine Schablone, keine allgemeine Definition, die uns die mühsame Aufgabe ersparen könnte, eine konkret-historische Analyse nationaler Bedingungen vorzunehmen.

Das vorliegende Dossier soll dazu beitragen, indem es die gegenwärtigen Bedingungen und historischen Entwicklungen faschistischer Kräfte in **Indien**, der **Republik Korea**, der **MENA-Region** (Nahe Osten und Nordafrika), **Kenia**, **Lateinamerika** und **Nordamerika** untersucht.

Atul Chandra erörtert den Zusammenhang zwischen „neofaschistischen“ Tendenzen in **Indien** und der allgemeinen kapitalistischen Krise. Er argumentiert, dass der Neofaschismus im Gegensatz zum historischen Faschismus den demokratischen Mantel des Kapitalismus nicht abschafft und sich nicht in gleicher Weise des offenen Terrors bedient. Vielmehr ist der Neofaschismus durch die Fortsetzung und Intensivierung neoliberaler Politik gekennzeichnet.

Der Beitrag von **Steven Lee** zeigt uns die historischen Wurzeln und Kontinuitäten des Faschismus in **Südkorea**, von der japanischen Besatzung bis zur bis heute wirksamen Unterordnung unter US-Interessen. Kollaborateure der japanischen Kolonisation sind immer noch die Hauptstütze und der Sammelpunkt des faschistischen Spektrums, das durch Yoons Versuch, das Kriegsrecht einzuführen, neuen Auftrieb erhalten hat.

Arwa Hashhash greift mit einer Einschätzung der symbiotischen Beziehung zwischen Zionismus und Faschismus in die Debatte ein und plädiert für eine historisch konkrete Analyse der Rolle des politischen Islams in der **MENA-Region**. Damit entkräftet sie den im Westen und sogar in Teilen der Linken verbreiteten Vorwurf des „islamischen Faschismus“.

Booker Omole zeigt, dass die Regierung von William Ruto in **Kenia** zunehmend faschistische Methoden anwendet. Er argumentiert, dass diese Faschisierung nicht trotz, sondern vielmehr aufgrund der neokolonialen Position Kenias stattfindet. Sie ist Teil eines globalen Rechtsrucks, der in Kenia eine Rückkehr zu den Herrschaftsmethoden der Kolonialzeit und der Zeit unmittelbar nach der Unabhängigkeit mit sich bringt.

Im Beitrag von **Miguel Enrique Stédile** werden die Symbolfiguren des Rechtsrucks in **Lateinamerika**, Milei und Bolsonaro, als „extreme Rechte eines besonderen Typs“ vorgestellt. Wie Atul Chandra argumentiert der Autor, dass die extreme Rechte der Gegenwart durch ihre enge Symbiose mit dem Liberalismus gekennzeichnet ist. Diese neue Rechte wird gebraucht, um die Austeritätspolitik gegen die Bevölkerung durchzusetzen.

Brian Becker sieht das Fehlen einer starken revolutionären Arbeiterbewegung als einen wesentlichen Unterschied zwischen der Situation in Deutschland vor 1933 und der Situation in den **Vereinigten Staaten** heute. Auch wenn man unter Trump nicht von Faschismus sprechen könne, so sei doch klar, dass seine Regierung faschistische

Kräfte in Nordamerika, aber auch in Europa und Lateinamerika als mögliche politische Machtreserve aufbaue und unterstütze.

Das vorliegende Dossier stellt selbstverständlich kein Endpunkt der Debatte dar. Viele Fragen und Diskussionen schließen sich den Beiträgen an. War es tatsächlich so, dass der Faschismus in Europa wirtschaftspolitisch anti-liberal agierte und gab es nicht auch schon hier verschiedene Varianten des Faschismus, die durchaus auch auf Basis einer parlamentarisch-demokratischen Form agierten? Wie wirken sich die Veränderungen im imperialistischen System heute auf die Erscheinungen des Faschismus international aus?

Im Juni 2025 wird in Berlin, eine internationale Konferenz mit dem Titel **„Faschismus zurück in Europa?“** stattfinden. Eine Reihe von Rednerinnen und Rednern aus der ganzen Welt wird sich mit der Realität und der Geschichte des Faschismus befassen und seine Erscheinungsformen in Europa und darüber hinaus untersuchen. Wir freuen uns über Reaktionen auf und Austausch über das Dossier und hoffen, eine aktive internationale Debatte anzuregen, um den Charakter und die Funktion des Faschismus besser zu verstehen.

Neofaschismus in Indien: Parallelen und Kontraste zum historischen Faschismus

Von Atul Chandra, Tricontinental: Institute for Social Research (Indien)

Ein globaler Rechtsruck: Die kapitalistische Krise bringt den Faschismus hervor

Das Wiedererstarken rechtsextremer und faschistischer Kräfte in der ganzen Welt ist Zeichen für eine tiefe Krise des globalen kapitalistischen Systems. Diese reaktionären Bewegungen sind keine Fehlentwicklungen, sondern Produkte spezifischer sozialer, historischer und wirtschaftlicher Widersprüche, die dem Kapitalismus innewohnen. Wie Marxisten wie Prabhat Patnaik seit langem argumentieren, schaffen Wirtschaftskrisen die Bedingungen für das Entstehen reaktionärer Massenbewegungen, wenn Teile des Kapitals nach autoritären Lösungen suchen, um ihre Hegemonie aufrechtzuerhalten. Er bezeichnet dies als die „neoliberal-neofaschistische Allianz“. Es ist wichtig, die strukturellen und historischen Faktoren zu verstehen, die dem Aufkommen faschistischer Tendenzen zugrunde liegen, also die komplizierte Verbindung zwischen faschistischen Akteuren und der Herrschaft des Kapitals sowie die ideologischen Instrumente, die von diesen Kräften des Kapitals eingesetzt werden, um Einfluss auf die Arbeiterklasse zu gewinnen.

Historisch gesehen entsteht Faschismus in Zeiten von Systemkrisen, wenn die herrschende Klasse nicht mehr durch traditionelle liberal-demokratische Mechanismen regieren kann. In der heutigen Zeit haben wirtschaftliche Stagnation, Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit einen fruchtbaren Boden für rechtsextreme Mobilisierungen und Regierungen geschaffen. Die globale Finanzkrise von 2008 war ein entscheidender Wendepunkt, der den Zusammenbruch zentristischer politischer Formationen beschleunigte und zur Ausbreitung autoritärer Regime führte. In Europa nutzten Parteien wie der französische Rassemblement national und die Alternative für Deutschland (AfD) einwanderungsfeindliche Stimmungen und machten „Außenseiter“ für die wirtschaftliche Misere verantwortlich. In ähnlicher Weise spiegelt der Aufstieg von Jair Bolsonaro in Brasilien die Vorgehensweise von Narendra Modi in Indien wider, der neoliberale Reformen mit autoritärem Nationalismus kombiniert. Diese Bewegungen gedeihen auf den Trümmern der Sozialdemokratie und bieten Sündenböcke anstelle von Systemkritik.

Obwohl die politische Landschaft Indiens unter dem Modi-Regime Gegenstand intensiver Debatten unter Wissenschaftlern, Aktivisten und politischen Analysten war, haben viele in Frage gestellt, ob Modis Herrschaft einen regelrechten Faschismus darstellt oder eher als ein Regime mit neofaschistischen Merkmalen zu beschreiben ist. Um analytische Ungenauigkeiten zu vermeiden, ist es von entscheidender Bedeutung, Indiens politische Situation im Rahmen einer umfassenderen Analyse der

Entwicklung des Faschismus zu verstehen und seine Verbindungen zu kapitalistischen Strukturen, seine nationalen und imperialistischen Wurzeln und seine Anziehungskraft auf Teile der Arbeiterklasse zu hinterfragen.

Der neoliberale Angriff auf die Arbeiterklasse wurde von faschistischen Kräften in Indien ausgenutzt

Der Aufstieg faschistischer und neofaschistischer Kräfte ist untrennbar mit der heutigen Krise des Kapitalismus verbunden. Neoliberale Sparmaßnahmen, Privatisierung und die Aushöhlung des Wohlfahrtsstaates haben die Solidarität der Arbeiterklasse zerschlagen und einen fruchtbaren Boden für rechte Demagogie geschaffen. In Indien führte die neoliberale Wende der Kongresspartei in den 1990er Jahren, die durch Deregulierung, Kürzungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor und den Abbau des Arbeitnehmerschutzes gekennzeichnet war, zu einem Niedergang der linken Gewerkschaften. Dieser Moment in der Geschichte wurde von der Sangh Parivar³ ausgenutzt und die hinduistischen Mehrheitsverhältnisse mit einer unternehmensfreundlichen Politik verknüpft.

Die Verlagerung vom verarbeitenden Gewerbe zur Dienstleistungswirtschaft hat Millionen von Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen ohne gewerkschaftlichen Schutz zurückgelassen. In Indien sind mehr als 80 Prozent der Arbeitnehmer im informellen Sektor beschäftigt, in dem es keine soziale Absicherung gibt. Diese Prekarität in Verbindung mit den Wohlfahrtsprogrammen des Sangh schafft eine Abhängigkeit von paternalistischen staatlichen Maßnahmen und untergräbt gleichzeitig die Klassensolidarität.

Der Zusammenbruch der Sozialdemokratie auf der ganzen Welt, der sich im Niedergang der sozialistischen Bewegungen in Indien und der sozialdemokratischen Parteien in Europa widerspiegelt, hat die Arbeiter und Bauern desillusioniert. Wie Vijay Prashad feststellt, ermöglichte die Schwächung der indischen Linken der Sangh Parivar, sich als Verteidiger der „kulturellen Identität“ zu profilieren und so ihre Ausrichtung auf das Kapital zu verschleiern. Die Massenfronten der Sangh, wie die Bharatiya Mazdoor Sangh (BMS), widersetzen sich paradoxerweise neoliberalen Arbeitsreformen und sind gleichzeitig der faschistischen Agenda der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) untergeordnet.

Historische Gegebenheiten begünstigten diesen Wandel zusätzlich. Der Glaube an den Säkularismus der Kongresspartei wurde durch Indira Gandhis Notstandsregierung (1975–77) und die Anti-Sikh-Unruhen von 1984 untergraben. Der neoliberale Konsens nach 1991 entfremdete außerdem die arbeitenden Armen. Die jahrzehntelange Unterwanderung von Kultur- und Bildungseinrichtungen durch die Sangh Parivar ermöglichte es ihr, Hindutva als Synonym für die indische Identität zu naturalisieren und die

3 Der Sangh Parivar ist ein Oberbegriff für die von der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) gegründeten Hindutva-Organisationen. Zu diesen Organisationen gehört auch die politische Partei Bharatiya Janata Party (BJP), die heute Indien regiert.

Nostalgie für eine mythologisierte Vergangenheit als Waffe gegen die Unsicherheiten des globalisierten Kapitalismus einzusetzen.

Aijaz Ahmad (2013) argumentiert, dass der Kommunalismus in Indien und der weltweite Aufstieg der extremen Rechten nicht nur als kulturelle oder ideologische Phänomene betrachtet werden können, sondern als Reaktionen auf die sich vertiefenden Widersprüche der Kapitalakkumulation. Kommunalismus ist ein modernes Phänomen, das tief mit kolonialen und postkolonialen Machtstrukturen verwoben ist, insbesondere in Südasien. Er ist eine politische Ideologie, die religiöse Identitäten konstruiert und mobilisiert, um politische und soziale Vorherrschaft zu erlangen. Die Schwächung der organisierten Arbeiterschaft und der Niedergang des Wohlfahrtsstaates in der Nachkriegszeit haben ein Vakuum geschaffen, das die Rechte erfolgreich ausgefüllt hat. Der Aufstieg der extremen Rechten ist eine politische Strategie des Kapitals, bei der sich Finanz- und Monopolkapital mit reaktionären kulturellen Kräften verbünden, um Klassengegensätze auf rassistische, religiöse und ultranationalistische Linien zu lenken.

Neofaschismus: ein Werkzeug des Monopolkapitals, um die liberale Demokratie von innen auszuhöhlen

In seiner berühmten Rede vor der Kommunistischen Internationale im Jahr 1935 definierte Georgi Dimitroff den Faschismus an der Macht als „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Dimitroff betonte, dass der Faschismus an der Macht nicht nur eine autoritäre Herrschaft ist, sondern die vollständige Unterdrückung demokratischer Rechte, die physische Liquidierung politischer Gegner und die Umstrukturierung des Staates im Sinne einer vollständigen Ausrichtung auf das Monopolkapital beinhaltet.

Der klassische Faschismus stützte sich auf offenen Terror, um die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, aber der Neofaschismus funktioniert anders. Die heutigen faschistischen Bewegungen sind tief in neoliberale Regime verstrickt und dienen als Stoßtruppen für eine kapitalistische Umstrukturierung, während sie die Illusion eines populistischen Anti-Elitismus aufrechterhalten. Wie Vijay Prashad (2022) feststellt, streben die heutigen neofaschistischen Akteure nicht die Abschaffung der kapitalistischen Demokratie an, sondern deren Umstrukturierung in einer Weise, die die Macht weiter in den Händen der herrschenden Eliten konzentriert und gleichzeitig eine Massenbasis aufrechterhält. Das faschistische Projekt besteht heute nicht darin, die liberale Demokratie abzuschaffen, sondern sie für einen verstärkten Autoritarismus umzugestalten.

Dimitroffs Definition des Faschismus betonte dessen tiefe Verflechtung mit dem Monopolkapital. In Indien hat die Modi-Regierung eine oligarchische Wirtschaft gefördert, in der ausgewählte Unternehmenseliten – wie die Ambanis und Adanis – unverhältnismäßig viel staatliche Unterstützung erhalten. Dieses klientelkapitalistische Modell sorgt dafür, dass die Wirtschaftspolitik den Interessen des Großkapitals dient, auf Kosten der Arbeitnehmer und Kleinproduzenten.

Finanz- und Unternehmenseliten distanzieren sich zwar formal von faschistischer Rhetorik, profitieren aber oft von diesen Bewegungen, da sie zur Unterdrückung von Arbeitskämpfen und zur Vertiefung der Privatisierung beitragen. Die Rechtsextremen erhalten institutionelle Unterstützung durch ihre Ausrichtung auf die Bedürfnisse des Kapitals – sei es bei der Unterdrückung von Gewerkschaften, der Umsetzung reaktionärer Politik oder der Förderung eines gesteigerten Nationalismus, der als ideologisches Werkzeug gegen die Klassensolidarität dient.

Prabhat Patnaik hebt die symbiotische Beziehung zwischen Faschismus und Monopolkapital hervor. In *Heads I Win, Tails You Lose* (2022) argumentiert er, dass das Kapital faschistische Bewegungen toleriert – und oft auch finanziert –, um den Widerstand der Arbeiterklasse in Krisenzeiten zu unterdrücken. Der RSS-BJP-Nexus ist ein Beispiel für diese Dynamik. Die Dominanz der BJP bei den Wahlen, die durch die Finanzierung durch Unternehmen und Medienmonopole begünstigt wird, veranschaulicht, wie das Kapital neofaschistische Regime aufrechterhält, ohne demokratische Normen offen abzuschaffen.

Das Finanzkapital spielt beim Aufstieg dieser Bewegungen eine entscheidende Rolle. In Indien haben große Unternehmenskonglomerate aktiv rechtsgerichtete hindunationalistische Organisationen unterstützt, um sicherzustellen, dass ihre Interessen im Rahmen der neoliberalen Wirtschaftspolitik gewahrt bleiben. Die RSS und die ihr angeschlossenen Organisationen (BJP, VHP, Bajrang Dal) werden von großen Wirtschaftsunternehmen in erheblichem Umfang finanziell unterstützt, was ihre Fähigkeit zur Verbreitung von Kommunalismus und autoritärem Nationalismus stärkt.

Doch im Gegensatz zum klassischen Faschismus, der Autarkie und Kriegswirtschaft anstrebte, ist Modis neoliberales Wirtschaftsmodell tief in den globalen Kapitalismus integriert. Seine Regierung baut den Arbeitsschutz ab, privatisiert Staatsvermögen und unterdrückt die Gewerkschaften. Dies stellt eine deutliche Abkehr vom strategischen Wirtschaftsnationalismus des Faschismus des frühen 20. Jahrhunderts dar.

Merkmale des Neofaschismus im Modi-Regime

Im Gegensatz zum klassischen Faschismus, der darauf abzielte, die liberale Demokratie vollständig zu beseitigen und eine Einparteiendiktatur zu errichten, operieren neofaschistische Regime innerhalb der Hülle der liberalen Demokratie, während sie deren demokratischen Inhalt systematisch aushöhlen. Das Modi-Regime ist zwar zutiefst autoritär und erhebt einen Alleinvertretungsanspruch, hat aber noch nicht die Schwelle zum offenen Faschismus im Sinne dieser historischen Definition überschritten.

Die Herrschaft der BJP ist keine völlige Negierung der Demokratie, sondern eine gelenkte Demokratie, bei der die Institutionen so umstrukturiert werden, dass sie den Interessen der Regierungspartei dienen. Dies unterscheidet sich vom nationalsozialistischen Modell, bei dem der Staat vollständig unter einem faschistischen Parteiappa-

rat subsumiert war. Parallelen bestehen jedoch im Einsatz paramilitärischer Gruppen (z. B. Bajrang Dal) zur Aufstachelung zur Gewalt, die an Hitlers Braunhemden erinnern.

Die BJP agiert kompromisslos liberal. Der Staat weist jedoch neofaschistische Züge auf:

1. Mehrheitlicher Legalismus: Gesetze wie der Unlawful Activities (Prevention) Act (UAPA) und der Citizenship Amendment Act (CAA) kriminalisieren abweichende Meinungen und legitimieren staatliche Gewalt. Das National Register of Citizens (NRC) marginalisiert Muslime und macht sie staatenlos.
2. Kulturelle Hegemonie: Die staatlich unterstützte Umschreibung von Schulbüchern und die Auslöschung der Geschichte der Moguln verstärken hinduistische Vorherrschaftsnarrative. Die Umbenennung von Städten (z. B. Allahabad in Prayagraj) löscht das synkretistische Erbe aus.
3. Unternehmensfaschistische Synergie: Die Privatisierung öffentlicher Güter (z.B. Air India) und die Deregulierung der Arbeit (2020 Farm Laws) bringen die staatliche Politik mit dem Monopolkapital in Einklang.

In den „Zehn Thesen zur extremen Rechten eines besonderen Typs“ (Tricontinental: Institute for Social Research, 2024) wird festgestellt, dass die heutigen rechtsextremen Regime Institutionen manipulieren, staatlich unterstützte Propaganda betreiben und selektive Repression einsetzen, um Zustimmung zu erzeugen. Modis BJP beherrscht diese Strategie, indem sie einen mehrheitsfähigen Nationalismus mit unternehmerischer Vetternwirtschaft kombiniert und gleichzeitig die bürgerlichen Freiheiten aushöhlt. In Modis Indien fungieren die Mainstream-Medien weitgehend als Propagandamaschine, die das staatliche Narrativ verstärkt und Andersdenkende verunglimpft. Regimekritische Journalisten werden inhaftiert, schikaniert und ins Exil geschickt. Die digitale Überwachung wird als Waffe eingesetzt, um die Opposition zu auszuspähen und zu unterdrücken, wodurch die Meinungsfreiheit zunehmend gefährdet ist.

Die Nutzung von Gesetzen gegen Aufruhr und Volksverhetzung und des Unlawful Activities (Prevention) Act (UAPA) sowie der Einsatz drakonischer Maßnahmen gegen Studentenaktivisten und Menschenrechtsverteidiger durch die BJP zeigen, wie die Staatsmacht instrumentalisiert wird, um abweichende Meinungen zu kriminalisieren. Während offen faschistische Regime jegliche politische Opposition ausschalten, neutralisiert Modis Regierung Gegner (z. B. die Medienorganisation Newslick) durch eine Kombination aus gesetzlicher Verfolgung, Medienkontrolle und wirtschaftlichem Zwang.

Die Fähigkeit der extremen Rechten, die Unterstützung der Arbeiterklasse zu gewinnen, beruht auf ihrer Ausnutzung materieller Verzweiflung und ideologischer Manipulation. In Indien hat die BJP Teile der unteren Mittelklasse und informelle Arbeiter durch Wohlfahrtsprogramme wie Ujjwala Yojana, kostenlose Rationen für arme Familien und direkte Geldtransfers wie Ladli Behna, die als „Geschenke“ eines väterlichen Führers verteilt werden, für sich gewonnen. Gleichzeitig macht sie Muslime und Dalits zu Sündenböcken und nutzt die Kastenhierarchien, um die Klassensolida-

rität zu brechen. Die IT-Cell der BJP orchestriert Desinformationskampagnen über WhatsApp und Twitter und brandmarkt Kritiker als „anti-national“. Fake News über den „Liebesdschihad“ oder den „Kuhsmuggel“ stacheln zur Gewalt an und lenken von wirtschaftlichen Misserfolgen ab. Die Hindutva-Ideologie besticht Gruppen aus niedrigeren Kasten durch symbolische Gesten (z. B. den Bau des Ram-Tempels) und hält gleichzeitig die brahmanische Hegemonie aufrecht. Die Einheit der unterdrückten Klassen und Sektionen in Bezug auf Minderheiten und die untere Kaste wird als Bedrohung für Hindutva angesehen und durch gezielte Gewalt und rechtliche Verfolgung gestört.

Schlussfolgerung

Die Erkenntnis, dass das Modi-Regime kein klassischer Faschismus ist, schmälert nicht seinen Autoritarismus. Vielmehr zeigt sie die spezifische historische Form der Klassenherrschaft im heutigen Indien auf. Der Neofaschismus gedeiht nicht, indem er die Demokratie auf einen Schlag demontiert, sondern indem er ihre Grundlagen schrittweise aushöhlt, während er eine Fassade der Legalität aufrechterhält.

Es finden immer noch Wahlen statt, es gibt Oppositionsparteien (wenn auch unter enormem Druck), und der Staatsapparat ist zwar hochgradig kompromittiert, funktioniert aber nicht wie ein vollwertiger faschistischer Staat. Er weist jedoch viele Merkmale auf, die für den Neofaschismus charakteristisch sind, darunter ein autoritärer Rechtsrahmen, faschistische Bündnisse mit Unternehmen und die Nutzung kultureller Narrative zur Unterstützung eines reaktionären Nationalismus.

Das Verständnis dieser Dynamik ist entscheidend für den Widerstand gegen die extreme Rechte und den Aufbau einer gegenhegemonialen Bewegung, die sowohl den Neoliberalismus als auch seine autoritären Erscheinungsformen herausfordert. Graswurzelbewegungen wie die Bauernproteste von 2020–21 zeigen das Potenzial für vereinten Widerstand. Die internationale Solidarität, wie sie bei den weltweiten Klimastreiks zu beobachten ist, muss sich auch auf den Kampf gegen den Faschismus erstrecken und diesen ebenfalls als globales kapitalistisches Phänomen anerkennen.

Blutschwüre, Totenschädel und Kriegsrecht: Ein kurzer Blick auf den koreanischen Faschismus

Von Steven Lee, *International Strategy Center (ISC, Republik Korea)*

Seit dem frühen 20. Jahrhundert hat Südkorea autoritäre Manifestationen kapitalistischer Klassenherrschaft, einhergehend mit den rechten Tendenzen, die diese fördern, erlebt. Sie haben ihre Wurzeln in der Zusammenarbeit mit dem japanischen Faschismus, aber ihr Wachstum wurde durch den koreanischen Antikommunismus und seinen Sicherheitsapparat begünstigt. Die Demokratisierungskämpfe in den 1980er Jahren hatten ihren Einfluss geschwächt, doch in jüngster Zeit gab es einen Versuch, den Terror wieder aufleben zu lassen. Damit kehrte die koreanische Rechte zu einem gewalttätigen, reaktionären Extremismus zurück. Nur der entschlossene Widerstand der Bevölkerung hat dieses Wiederaufleben in Schach gehalten.

Der Einfluss des japanischen Faschismus

Der erste Kontakt Koreas mit dem Faschismus erfolgte zu Beginn der japanischen Kolonialherrschaft im Jahr 1910. Es wurde ein strenges Regime der „Militärpolitik“ eingeführt, in dem die Lehrer Uniformen trugen und mit Schwertern ausgestattet wurden. Koreanische Arbeitskräfte und Ressourcen wurden enteignet, abweichende Meinungen durch Terror unterdrückt. Als sich der Widerstand in der Bewegung des 1. März 1919 entlud, lenkte Japan ein und erlaubte eine Phase der Liberalisierung. Erst in den 1930er Jahren, als er sich auf den totalen Krieg vorbereitete, begann der japanische Faschismus sich im ganzen Reich mit voller Wucht durchzusetzen. In Korea wurden die Menschen zu obligatorischen Massenorganisationen mobilisiert und als Soldaten und Arbeiter zwangsrekrutiert; die koreanische Kultur war einer Ausrottungskampagne ausgesetzt. Gleichzeitig wurden koreanischen Kollaborateuren Aufstiegsmöglichkeiten in den Staatsapparat eröffnet, einige von ihnen erreichten hohe Ränge.

Nachdem die südliche Hälfte Koreas 1945 von Japan an die Vereinigten Staaten überging, wurden diese Kollaborateure zur Stütze des von den USA geförderten Regimes von Rhee Syngman, der ersten Regierung Südkoreas, die Hunderttausende wegen mutmaßlicher kommunistischer Sympathien ermordete. Rhee sabotierte den Ausschuss der Nationalversammlung zur Untersuchung von Kollaborationen und löste ihn schließlich auf. Während der Teilung Koreas und den Feindseligkeiten nach dem Koreakrieg entkamen die faschistischen Kollaborateure aus der Zeit der kolonialen Besatzung der Justiz und rehabilitierten sich als antikommunistische Patrioten, die sich zu einem Eckpfeiler der konservativen Macht in Südkorea entwickelten.

Einer dieser Kollaborateure war General Park Chung-Hee, der 1961 durch einen Staatsstreich an die Macht kam und seine diktatorische Autorität 1972 durch einen

Selbstputsch weiter festigte. Während der kolonialen Besetzung hatte Park freiwillig einen mit seinem eigenen Blut geschriebenen Treueschwur abgelegt, als er sich um eine Offiziersanwärterschaft in der japanischen Armee bewarb. Seine Bewunderung für das Kolonialregime war so groß, dass er seinen Selbstputsch in Anlehnung an die Meiji-Restauration, mit der das japanische Kaiserreich gegründet wurde, die Oktober-Restauration nannte. Nach dem Muster des japanischen Faschismus baute Park die aufkeimenden demokratischen Institutionen weiter ab, erzwang eine militärische Disziplinierung der gesamten Gesellschaft und trieb die rasche Industrialisierung und das Wachstum des Großkapitals voran, während er gleichzeitig jedes Aufkeimen fortschrittlicher Bewegungen in Korea unterdrückte.

In dieser Zeit erhielt der Sicherheitsapparat, vertreten durch den koreanischen Geheimdienst und das Kommando für Verteidigungssicherheit, unter dem Vorwand der Bekämpfung der nordkoreanischen Bedrohung weitreichende außergerichtliche Befugnisse. Als Park 1979 ermordet wurde, füllte dieser Apparat das Machtvakuum 1980 durch einen Staatsstreich unter der Führung von General Chun Doo-Hwan, dem Chef des Verteidigungssicherheitskommandos. Mit Erlaubnis der USA schlug Chun den Volksaufstand für Demokratie in Gwangju nieder und setzte die diktatorische Terrorherrschaft in Südkorea fort. Der Geist des Gwangju-Aufstands belebte jedoch weiterhin die südkoreanische Zivilgesellschaft, insbesondere die Studentenbewegung, und trieb den Kampf für die Demokratisierung voran. Dieser Prozess gipfelte im Juni-Aufstand von 1987, der das Chun-Regime stürzte und Südkorea in eine liberale Demokratie verwandelte.

Die Rückkehr der extremen Rechten aus dem Inneren des liberal-demokratischen Systems

Eine Zeit lang schienen die autoritären rechten Kräfte auf dem Rückzug zu sein. Dem Volk wurden politische Zugeständnisse gemacht, wie die Direktwahl des Präsidenten und die Verbesserung der Rede- und Pressefreiheit sowie der politischen Aktivitäten. Als jedoch im Juli 1987 der „Große Arbeiterkampf“ ausbrach, der menschenwürdige Arbeitsbedingungen und das garantierte Recht auf gewerkschaftliche Organisation forderte, versuchte die neue Regierung, ihn mit brutaler Polizeigewalt zu unterdrücken. Die Arbeiter gingen als Sieger hervor, was 1995 in der Gründung des koreanischen Gewerkschaftsbundes gipfelte. Aber jede nachfolgende Regierung, ob liberal oder konservativ, hielt sich an den neoliberalen Konsens, untergrub die Arbeitnehmerrechte, deregulierte und privatisierte Branchen und unterzeichnete Freihandelsabkommen. Als die Candlelight-Protteste 2016 zur Amtsenthebung von Park Geun-Hye (der Tochter von Park Chung-Hee) wegen Korruption führten, versetzte dies den rechten Kräften einen entscheidenden Schlag, und die Bevölkerung erwartete, dass die neue Regierung Moon Jae-In autoritäre Regierungsinstitutionen und Unternehmenskonglomerate reformieren würde.

Moons Versäumnis, die von ihm versprochenen Reformen durchzuführen, und sein Festhalten am neoliberalen Status quo führten zu einer Enttäuschung in der Bevölkerung über seine Demokratische Partei. Diese Enttäuschung über das liberale Establish-

ment und die Spaltung der progressiven Kräfte führten dazu, dass die Rechtsextremen wieder erstarkten und 2022 Yoon Suk-Yeol von der konservativen People Power Party gewählt wurde. Durch seine Präsidentschaft wurde Südkorea noch stärker in den neo-liberalen Konsens und das imperialistische Projekt der USA eingebunden, aber so sehr er auch die progressiven Kräfte angriff, schien Yoon innerhalb der Grenzen der liberalen Demokratie zu agieren.

Der Selbstputsch von Präsident Yoon

Am 3. Dezember 2024 verhängte Yoon den Ausnahmezustand, um „staatsfeindliche Kräfte auszuschalten“, was Erinnerungen an die Militärdiktaturen in Südkorea wachrief. In Anlehnung an frühere Putschverbot das Kriegsrechtsdekret alle politischen Aktivitäten und setzte verfassungsmäßige Rechte außer Kraft. Yoons Plan sah vor, zunächst Hunderte von Oppositionspolitikern, Journalisten und Gewerkschaftern zu verhaften, dann „alle linken Kräfte in Grund und Boden zu stampfen“ und einen Krieg mit Nordkorea zu provozieren, um die extremen Maßnahmen zu rechtfertigen. Bevor dieser Plan in die Tat umgesetzt werden konnte, wurde sein Selbstputsch durch eine Mobilisierung der Bevölkerung und eine Parlamentsabstimmung zur Aufhebung des Kriegsrechts rasch vereitelt. Einen Monat später wurde Yoon des Amtes enthoben und wegen Aufruhrs angeklagt. Dennoch kam es bald zu großen Kundgebungen zur Verteidigung von Yoon und seinem Putsch, die den Massencharakter der rechtsextremen Kräfte in Südkorea deutlich machten.

Angestachelt von seinen Worten, „bis zum Ende zu kämpfen“, versammelten sich Yoons Anhänger jede Woche in Massen. Bei diesen Kundgebungen kam es sporadisch zu Gewaltausbrüchen, die von Rufen wie „Brecht den Gewerkschaftern die Knochen“ bis zu Angriffen auf Journalisten und Steinwürfen auf Yoon-Gegner reichten. Mit Unterstützung von Yoons Partei stellten die Rechtsextremen die White Skulls (die Weißen Totenschädel) wieder auf, eine paramilitärische Einheit, die während der Diktatur Jagd auf pro-demokratische Aktivisten gemacht hatte. Die Gewalt der Rechten eskalierte und gipfelte in den Ausschreitungen vom 19. Januar, als Yoon-Befürworter das westliche Bezirksgericht von Seoul stürmten und den Richter festnahmen, der den Haftbefehl gegen Yoon erlassen hatte. Dieser Aufstand wurde mit der Erstürmung des US-Kapitols im Jahr 2021 verglichen, da es sich um einen direkten Angriff der Rechtsextremen auf eine Regierungsinstitution zur Verteidigung eines umstrittenen Führers handelte: die Legislative in den USA, die Judikative in Südkorea.

Die Ähnlichkeiten enden damit nicht, denn die koreanische Rechte hat sich direkt an den Trump-Anhängern in den USA orientiert. Pro-Yoon-Kundgebungen kopierten sogar den Trump-Slogan „Stop the Steal“. So wie Trump erklärte, die Präsidentschaftswahlen 2020 seien zu seinem Nachteil manipuliert worden, vertritt die koreanische Rechte die Verschwörungstheorie, China habe die Parlamentswahlen manipuliert und die Amtsenthebung Yoons sei ein chinesisches Komplott. Ihre sinophobe Rhetorik hat sich so weit verfestigt, dass die Pro-Yoon-Demonstranten sogar begonnen haben, sich gegenseitig anzugreifen, indem sie sich allein aufgrund ihres Aussehens als chinesische Infiltratoren beschuldigten. Die rote Angst, die so tief in der südkoreanischen

Gesellschaft verwurzelt ist, wird von Verschwörungstheorien genährt und entwickelt sich zu einer paranoiden Hexenjagd.

Neben dem Antikommunismus ist ein weiterer Grundpfeiler des koreanischen Konservatismus die Verbundenheit mit den USA und die „eiserne Allianz, die mit Blut geschmiedet wurde“. Alle konservativen Führer von Rhee bis Yoon hielten sich an diese beiden Säulen. Im Gegensatz zur Politik der Rechten in vielen anderen Ländern hat die koreanische Rechte nicht viel mit Nationalismus zu tun, da sie die Geschichte der nationalen Befreiungskämpfe verleugnet und stattdessen ihren Gründungsmythos im Koreakrieg und der darauf folgenden Industrialisierung verortet. Wegen ihres Eingreifens in den Koreakrieg werden die USA als göttlicher Retter Südkoreas vor dem Kommunismus verehrt, und auf rechten Kundgebungen sieht man ebenso viele amerikanische wie koreanische Flaggen. Dies hat zur Folge, dass die koreanische Rechte nicht wie andere Faschisten für die Vorherrschaft ihrer eigenen Nation eintritt, sondern die von den USA geführte Ordnung militant verteidigt und sich mit der Rolle als deren oberster Vollstrecker begnügt. Das zeigt sich auch im Programm von Freedom Village, einer wichtigen rechtsextremen Organisation. Im ersten Punkt heißt es, dass sie das Bündnis mit den USA zu ihren Grundprinzipien zählt, während im neunten Punkt steht, dass das Ziel darin besteht, China zu überholen und die „G2-Nation“ zu werden, die zweitgrößte nach den USA. Diese ständige Unterordnung unter die amerikanische Vorherrschaft sowie ihre Apologetik gegenüber dem japanischen Kolonialismus und den koreanischen Kollaborateuren lassen darauf schließen, dass die koreanische Rechte als eine kompradorenähnliche Strömung charakterisiert werden kann, die nicht in der Lage ist, auf eigenen Füßen zu stehen und deshalb der Autorität ihres imperialen Oberherrn den Vorrang gibt.

Die gesellschaftlichen Kräfte für und gegen Yoon

Wie setzt sich nun diese extreme Rechte zusammen? Der Charakter der bei den Unruhen vom 19. Januar Verhafteten gibt einen Einblick in das extremste Ende von Yoons Fraktion. Die koreanische Rechte wird seit Jahren von älteren Menschen dominiert, aber mehr als die Hälfte der bei den Ausschreitungen Verhafteten waren junge Männer in ihren 20er und 30er Jahren. Über alle Altersgruppen hinweg waren Kleinunternehmer mit 28,9 % die größte Gruppe, während Arbeitslose mit 26,3 % die zweitgrößte Gruppe bildeten. Auch wenn es sich nur um eine kleine Stichprobe handelt, könnten diese Zahlen darauf hindeuten, dass Teile des Kleinbürgertums und des Lumpenproletariats, die von evangelikalischen Kirchen und rechtsgerichteten YouTube-Kanälen aufgehetzt werden, wahrscheinlich den aktivsten Kern der koreanischen Rechtsextremen bilden. Die herrschenden Kapitalisten in Südkorea haben den Putsch vom 3. Dezember nicht offen unterstützt. Wäre er erfolgreich gewesen, hätten sie sich hinter das neue Regime gestellt und es dazu benutzt, die Macht der Arbeiterklasse zu zerschlagen. Der Putsch scheiterte jedoch so schnell und entschieden, dass sie sich mehr Sorgen über die negativen Auswirkungen auf die südkoreanische Wirtschaft und ihre Gewinnspanne machten und über die Handelskammer auf eine schnelle Rückkehr zur Stabilität drängten.

Auf der anderen Seite wurde der Kampf gegen Yoon und seinen Putsch von der BISANG-Aktionskoalition angeführt, die sich aus dem koreanischen Gewerkschaftsbund, dem koreanischen Bauernverband und zahlreichen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen unterschiedlicher Richtungen von Liberalen bis Sozialisten zusammensetzt. Sie erhielten breite Unterstützung von den Massen, wobei die Zahl der Teilnehmer an den Kundgebungen auf dem Höhepunkt der Forderung nach der Amtsenthebung Yoons mehr als eine Million erreichte. Diskriminierte Identitäten traten in den Vordergrund, viele Redner begannen mit einer Selbstbestimmung: Arbeiter, Frauen, Jugendliche, Queers, Migranten, Menschen mit Behinderungen. Diese Zunahme der Identitätspolitik ging jedoch mit einem explosionsartigen Anstieg der Solidarität einher, die sich wiederum über diese Zugehörigkeit hinweg erstreckte. Dies zeigte sich, als eine Gruppe von Bauern mit ihren Traktoren durch das Land fuhr und die Verhaftung von Yoon forderte. Sie wurden am 21. Dezember in Namtaeryeong, einer der Einfallsstraßen nach Seoul, von der Polizei gewaltsam zurückgeschlagen. Daraufhin versammelten sich mehr als zehntausend Menschen, vor allem die städtische Jugend, um die Bauern zu unterstützen und verteidigten sie über Nacht auf der Straße in der eisigen Kälte. Sie organisierten Lebensmittel, Kaffee, Decken und andere Hilfsgüter, damit der Kampf weitergehen konnte. Einer der Redner betonte ihre Einigkeit: „Wir sind alle unterschiedlich, aber wir haben uns zusammengetan, um gemeinsam gegen die Unterdrückung durch die Polizei zu kämpfen.“ Am nächsten Tag zog sich die Polizei unter dem Druck der versammelten Demonstranten zurück, der Marsch konnte weitergehen und erreichte schließlich die Residenz des Präsidenten. Der „Sieg von Namtaeryeong“ ist bereits zu einem Symbol für die Kraft des in Solidarität vereinten Volkes geworden.

Der Kampf gegen Yoon Seok-Yeol ist jedoch bisher genau das geblieben: ein Kampf gegen Yoon. Sobald er abgesetzt ist, wird es eine Präsidentschaftswahl geben, die wahrscheinlich von der Demokratischen Partei gewonnen werden wird. Abgesehen von ihren nebulösen Forderungen nach sozialen Reformen hat die progressive Koalition noch keine glaubwürdige Alternative hervorgebracht. Eine Rückkehr zur liberalen Ordnung der Demokratischen Partei bedeutet eine Rückkehr zu denselben Widersprüchen, die zum Wiedererstarken der extremen Rechten geführt haben. Um die Grenzen der liberalen Demokratie zu überwinden und den Aufstieg eines weiteren Diktators zu verhindern, muss die Macht dem autoritären Präsidenten und dem eingefahrenen Zweiparteiensystem entzogen und dem souveränen Volk zurückgegeben werden – ein Schritt in Richtung direkter Demokratie. Die Verfassung von 1987 mit der Altlast der Diktatur muss ersetzt werden. Angesichts der Millionen von Menschen, die durch den gescheiterten Putsch aufgewühlt wurden, ist jetzt die Chance für einen Durchbruch gekommen. Die fortschrittlichen Kräfte dürfen nicht zögern und müssen den Weg zu einer gerechteren Welt weisen.

Faschismus und Antikolonialismus in Nahost und Nordafrika: Über das Wesen des Zionismus und des politischen Islam

Von Arwa Hashhash, Palästinensische Volkspartei

Im westlichen Diskurs ist die Gleichsetzung des politischen Islam mit dem Faschismus keine Seltenheit. Gleichzeitig wird Israel ein bedingungsloses „Existenzrecht“ und „Recht auf Selbstverteidigung“ zugesprochen, obwohl es nach eigenem Bekunden eine Besatzungsmacht ist. Um zu verstehen, welche Kräfte den Faschismus in der Region vorantreiben und welche sich dagegen wehren, muss man sich mit dem Wesen des Zionismus befassen und die religiösen Bewegungen in ihrem spezifischen historischen und sozialen Kontext analysieren.

Die Wurzeln des Antikolonialismus in der arabischen und maghrebischen Region reichen bis zu den ersten Keimzellen der nationalen Befreiungsbewegungen zurück, die den Ruf nach einer kulturellen und religiösen Renaissance der Völker der Region mit dem Streben nach politischen Systemen verbanden, die von den Kolonialherren unabhängig waren. Diese Bewegungen stützten sich auf Aspekte der Identität und der Religion, da sie die gemeinsame Basis bildeten, die die verschiedenen Völker der Region vereinte. So versuchten viele Aufklärungsbewegungen dieser Zeit, die islamische Theologie neu zu interpretieren, um ein soziales Projekt zu entwickeln, das sich dem Kolonialismus widersetzte und gleichzeitig versuchte-, die Gesellschaft zu modernisieren und Fortschritt zu erreichen. In diesem Kontext entstand die arabische Erneuerungsbewegung, aus der verschiedene Organisationen wie die Muslimbruderschaft und die arabische Nationalbewegung hervorgingen. In Palästina entstand die nationale Bewegung im Widerstand gegen die zionistische Einwanderung und den britischen Kolonialismus, mit prominenten Persönlichkeiten wie Haj Amin al-Husseini und Izz al-Din al-Qassam.

Umgekehrt versuchten die westlichen imperialistischen Mächte – allen voran Großbritannien und die Vereinigten Staaten – die Befreiungsprojekte in der Region und die damit verbundenen Aufklärungsbewegungen zu vereiteln, sei es durch direkte militärische und politische Intervention oder durch die Unterstützung lokaler Verbündeter (häufig Stämme oder reaktionäre und konservative Kräfte). Diese imperialistischen Mächte bemühten sich auch um die Schaffung einer verbündeten Einheit, die ihre Interessen im Nahen Osten sichern sollte. Zu diesem Zweck gab Großbritannien schon sehr früh die Balfour-Erklärung von 1917 heraus, in der es das ausschließliche Recht der Juden – von denen die meisten Einwanderer waren – anerkannte, in Palästina ein nationales Heimatland zu errichten, während es der einheimischen Bevölkerung (Christen und Muslime), die damals mehr als 90 % der Bevölkerung ausmachte, die nationalen und politischen Rechte verweigerte.

Im Zusammenhang mit Israels derzeitigem Vernichtungskrieg in Palästina offenbart die westliche Komplizenschaft die tief verwurzelte Verbindung zwischen dem Imperialismus in seiner brutalsten Form und dem Zionismus. Diese Realität wirft kritische Fragen auf über das Wesen der Beziehung zwischen Zionismus und Faschismus einerseits und über das Wesen der Kräfte, die sich dem Imperialismus und dem zionistischen Kolonialismus widersetzen, andererseits.

Die Saat des Faschismus im Zionismus

Wie andere koloniale Projekte bediente sich auch die zionistische Bewegung – vor der Gründung des Staates Israel – eines rassistischen Diskurses, der die jüdischen Einwanderer in Palästina als eine Erweiterung der europäischen Zivilisation darstellte. Sie griff auf koloniale Methoden zurück, die vom europäischen Imperialismus entwickelt worden waren, und versuchte, die Palästinenser ihres Status als „Volk“ zu berauben, indem sie sie als rassistisch rückständig und barbarisch darstellte, als an menschlichem Fortschritt ermangelnd – bis hin zu ihrer völligen Entmenschlichung.

Frühe Empfehlungen für Gewalt gegen Palästinenser – wie sie von David Ben-Gurion und Ze'ev Jabotinsky geäußert wurden – führten zur Entstehung von zionistischen paramilitärischen Organisationen wie der Haganah und der Palmach, die später in die israelische Besatzungsarmee von 1948 integriert wurden. Diese Kräfte wurden zu den etabliertesten, wohlhabendsten und einflussreichsten Institutionen innerhalb der jüdischen Gesellschaft Israels. Der rassistische Diskurs und der Aufbau einer jüdischen Militärmacht waren zusammen mit der Unterstützung des Westens die entscheidenden Voraussetzungen dafür, dass die zionistische Bewegung 1948 das Verbrechen der ethnischen Säuberung gegen die Palästinenser durchführen konnte. Dies führte zur Vertreibung von mehr als 700 000 Palästinensern aus ihrem Land, zur Zerstörung von mehr als 500 palästinensischen Dörfern und Städten und zur Gründung des Staates Israel auf diesen Ruinen. Seit seiner Gründung verfolgt der Staat Israel eine unerbittliche Expansionsstrategie: 1967 eroberte und besetzte Israel die restlichen Teile des historischen Palästina sowie Teile des Libanon, Syriens und Ägyptens. Heute intensiviert Israel seine ethnische Säuberung des Gazastreifens und plant ganz offen, das Gebiet auf unbestimmte Zeit zu beherrschen.

Im Gegensatz zu einigen aktuellen Debatten, in denen behauptet wird, dass Israel heute zunehmend in Richtung Faschismus abdriftet, trug Israel von Anfang an die Saat des Faschismus in sich. Jüdischer „nationaler“ Suprematismus, Militarismus und Expansionismus waren von Anfang an seine bestimmenden Merkmale. Die zionistische Doktrin propagierte monistische Werte eines alten Volkes, das dazu bestimmt war, ein „Heimatland“, einen exklusiven Ethnostaat, zu errichten: „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“. Dieses Projekt war zwangsläufig mit ethnischer Säuberung und Besetzung verbunden.

Stephen Bennett schrieb, dass die von Israel begangenen völkermörderischen Verbrechen ohne jahrzehntelangen antipalästinensischen Rassismus nicht möglich gewesen

wären. „Es hat über viele Jahrzehnte hinweg eine konzertierte Anstrengung gegeben, die Palästinenser durch rassistische Rahmenbedingungen und orientalistische Slogans zu entmenschlichen“, stellte er fest – eine Anstrengung, die sich nach dem Oktober 2023 besonders verfestigt hat, „um die öffentliche Empörung darüber zu neutralisieren, was auf die schlimmste ethnische Säuberung seit der Nakba von 1948 hinausläuft und was einen Völkermord durch die Hände einer der mächtigsten Armeen der Welt darstellt“. ⁴

Islam und islamische Bewegungen in den arabischen nationalen Befreiungskämpfen

Die Auseinandersetzung mit den islamischen Kräften erfordert eine Betrachtung der historischen, ideologischen, politischen und sozialen Dimensionen, die den Rahmen für ihre Umgestaltung bilden und zu ihr beitragen. Die Beschäftigung mit der religiösen Frage im Allgemeinen – und dem politischen Islam im Besonderen – ist von großer Bedeutung, insbesondere angesichts der Rolle, die er im Maghreb und in Nordafrika spielt. Diese Region ist seit dem vergangenen Jahrhundert ein zentraler Schauplatz von Konflikten zwischen kolonialen und imperialen Mächten gewesen und stellt heute einen wichtigen Pfeiler in den Strategien der Vereinigten Staaten und ihrer westlichen Verbündeten dar, insbesondere im Kontext einer entstehenden multipolaren Weltordnung.

Das Verständnis des Wesens der Kräfte des politischen Islams und der Umgang mit ihnen erfordert von linken Bewegungen in aller Welt besondere Anstrengungen. Die politischen Positionen der Linken zu diesen Fragen sind oft von großer Unklarheit geprägt, die häufig auf eine vereinfachende atheistische Tendenz zurückzuführen ist, die die Kritik an der Religion als Glaubenssystem mit der Kritik an der politischen Nutzung der Religion im Klassenkampf vermengt.

Gleichzeitig wird der Islam in den vorherrschenden westlichen Medien als von Natur aus fundamentalistisch dargestellt und oft mit Terrorismus und Gewalt in Verbindung gebracht, wobei praktizierende Muslime häufig als unfähig dargestellt werden, sich in moderne liberale westliche Gesellschaften zu integrieren. Für viele politische Kräfte auf der ganzen Welt ist das Konzept des Islam und der islamischen Bewegungen durch die westliche Propaganda geprägt worden, die eine fragmentierte und negativ konnotierte Sichtweise bietet, die dazu dient, Kolonialismus, Völkermord, Rassismus, Kriege und die verschiedenen brutalen imperialistischen Projekte zu rechtfertigen, die sich gegen die arabischen und maghrebischen Regionen sowie gegen Muslime weltweit richten.

Eine Positionierung zum Islam muss zwischen mehreren Ebenen unterscheiden: Der Islam als Glaube, religiöser Akt und Ethik; der Islam als eine Reihe von Gesetzen (Scharia); und der Islam als ein Schlüsselement der Identität – d. h. als Teil der Kultur und Zivilisation im weitesten Sinne. Daher ist die eigene Position zum Islam eine

⁴ Stephen Bennett, On the Dehumanization of the Palestinians, Institute for Palestine Studies, 23. Oktober 2023.

Einstellung zu all diesen Dimensionen. Als Linke und Demokraten glauben wir an die Glaubensfreiheit und das Recht, religiöse Rituale und Gottesdienste frei zu praktizieren. Wir sind auch der Meinung, dass ein sozialistischer Staat die religiösen Gefühle der Volksmassen respektieren und die Glaubensfreiheit und die Freiheit der Ausübung religiöser Rituale ausdrücklich und eindeutig garantieren muss.

Politisch-islamische Bewegungen hingegen stützen ihr gesellschaftliches Projekt auf das Modell des Staates Medina zur Zeit des Propheten, den sie als ideales Modell des tugendhaften Staates, als lebendige Verkörperung des göttlichen Willens und als Ursprung des vergangenen islamischen Ruhms betrachten. Ihrer Ansicht nach sind alle gegenwärtigen Unglücke und Krisen darauf zurückzuführen, dass die Muslime vom Vorbild der frühen Muslime – den rechtschaffenen Vorfahren (al-salaf al-salih) – abgewichen sind. Infolgedessen haben die Forderungen nach einer Reform der Lage der Muslime einen fundamentalistischen Charakter angenommen – Forderungen nach einer Rückkehr zu einer Vergangenheit, die als Inbegriff von Gerechtigkeit, Brüderlichkeit, Wohlstand und Freiheit angesehen wird. Die Rückkehr zur Scharia – trotz der Meinungsverschiedenheiten unter den Muslimen über ihren Inhalt – und ihre Befolgung wird in dieser Sichtweise als Schlüssel zur Lösung der Probleme der muslimischen Massen angesehen.

Während diese fundamentalistischen Aufrufe zur Verfolgung verschiedener Ziele genutzt werden – und heute fast jede Bewegung, die versucht, die Massen zu mobilisieren, das Banner der Rückkehr zum „wahren Islam“ erhebt (sei es eine nationalistische Bewegung, die unter der Unterdrückung durch ein ehemaliges islamisches Reich leidet, eine Bewegung der Ausgebeuteten und Unterdrückten oder eine Bewegung, die bestimmte soziale Gruppen vertritt) –, erhalten sie besonderen Auftrieb, wenn muslimische Bevölkerungsgruppen Angriffen durch ihre Feinde ausgesetzt sind und ihnen die Auslöschung ihrer Identität droht. Dies ist etwas, das sie durch koloniale Kampagnen und imperialistische Kriege ständig erfahren haben.

In diesem Rahmen müssen linke Kräfte zwischen der doktrinären Dimension des Islam und den Positionen von Gruppen unterscheiden, die behaupten, ein „islamisches Projekt“ zu vertreten. Dies erfordert ein vertieftes Verständnis des religiösen Phänomens in seiner doktrinären Dimension, die den Menschen Antworten auf existenzielle und emotionale Fragen innerhalb eines kulturellen Rahmens bietet, der mit den materiellen Realitäten der Völker der Region verbunden ist. Um die politischen islamischen Kräfte zu verstehen, muss man sie auch nach der Rolle unterscheiden, die sie im politischen Kampf spielen – eine Rolle, die sich von einer Bewegung zur anderen und von einem Land oder einer Region zur anderen unterscheidet.

Politische islamische Kräfte sind in der Geschichte als Reaktion auf verschiedene Invasionen und Krisen entstanden: Sie riefen während der mongolischen Invasionen nach dem Fall des Abbasiden-Kalifats zum Widerstand auf; fundamentalistische Aufrufe tauchten angesichts der Kreuzzüge auf, dann wieder während der kolonialen Invasionen, und heute tauchen sie als Reaktion auf den sich vertiefenden sozialen,

wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang, der durch die Abhängigkeit vom Imperialismus in der islamischen Welt verursacht wird, wieder auf. Diese Kräfte sind jedoch von Widersprüchen durchzogen, die jeweils die Interessen bestimmter sozialer Klassen und Gruppen zum Ausdruck bringen. Es gibt konservative islamische Kräfte, die mit den bestehenden Regimen verbunden sind, die dem Autoritarismus und dem Imperialismus dienen; auf der anderen Seite gibt es takfiritische (exkommunizierende) Kräfte, die mit ausländischen Agenden verbunden sind – die meisten von ihnen in Verbindung mit ausländischen Geheimdiensten. Gleichzeitig gibt es islamische Kräfte, die tief in der Bevölkerung verwurzelt sind, ihre Interessen zum Ausdruck bringen und in der Lage sind, die Mobilisierung des Volkes und den Widerstand gegen Kolonialismus, Tyrannei und Imperialismus anzuführen.

Angesichts der Widersprüche, die die politischen islamischen Kräfte prägen – von konservativen Verbündeten autoritärer Regime über bestimmte von außen manipulierte extremistische Gruppen bis hin zu Bewegungen, die im Kampf des Volkes verwurzelt sind –, ist es unerlässlich, jede dieser Bewegungen in ihrem spezifischen historischen und sozialen Kontext zu bewerten. Im Falle Palästinas hat das palästinensische Volk angesichts der anhaltenden israelischen Verbrechen, die seit fast einem Jahrhundert von westlichen Mächten unterstützt werden, verschiedene Formen des Widerstands entwickelt, darunter auch islamische Bewegungen. Eines der frühesten und bekanntesten Beispiele ist die von Scheich Izz al-Din al-Qassam im Jahr 1935 geführte Bewegung, die dazu beitrug, den Bauern- und Arbeiteraufstand von 1936 auszulösen. Dieser Aufstand war mit einem der längsten Generalstreiks in der Geschichte der modernen revolutionären Bewegungen verbunden. Nach dem Zusammenbruch des arabischen nationalistischen Projekts und dem Niedergang der Linken nach dem Fall der Sowjetunion traten islamische Bewegungen wieder als bedeutende Kräfte des Widerstands gegen Kolonialismus und Imperialismus in Erscheinung.

Die Diskussion um die islamischen politischen Kräfte ist keine Schlacht um die Vergangenheit, sondern ein Kampf um die Gegenwart und die Zukunft. Es ist ein Kampf, der darauf abzielt, zur Schaffung eines volksnahen, emanzipatorischen politischen Projekts beizutragen, das alle Teile des Volkes respektiert und seine Einheit angesichts der aktuellen globalen Veränderungen vertieft.

Die Faschisierung des kenianischen Staates unter Ruto

Von Booker Omole, Communist Party Marxist - Kenya (CPM-K)

Kenia steht an einem Scheideweg. Unter der Regierung von Präsident William Ruto nimmt das Gespenst des Faschismus Gestalt an und droht, Jahrzehnte hart erkämpfter demokratischer und fortschrittlicher Errungenschaften zunichte zu machen. Es handelt sich nicht nur um eine Krise der Regierungsführung, sondern um eine systematische Umgestaltung des kenianischen Staates in einen Apparat der Angst, der Unterdrückung und der autoritären Kontrolle.

Faschismus als verschärfter Kapitalismus

Der Faschismus entpuppt sich als die gewalttätigste und reaktionärste Form des Kapitalismus, die in Krisenmomenten als Waffe eingesetzt wird, um die Interessen der herrschenden Klasse zu schützen. Rutos Regime ist ein Beispiel für diesen Wandel. Sein Bündnis mit dem ausländischen Monopolkapital, die Konsolidierung der Staatsmacht und die Unterdrückung der Arbeiterklasse spiegeln das eigentliche Wesen der faschistischen Praxis wider. Dies ist keine „gewöhnliche Repression“ unter einem neokolonialen Staat – es ist die systematische Demontage demokratischer Räume, um die Klassenherrschaft durch Angst und Gewalt durchzusetzen.

Einige argumentieren, Kenias Position als neokolonialer Staat schließe es vom Faschismus aus. Wir entgegnen, dass die neokoloniale Abhängigkeit die Anfälligkeit des Landes verstärkt. Rutos Kompradorenregime ist weit davon entfernt, dem westlichen Imperialismus nur untertänig zu sein, und wendet faschistische Methoden an, um die fortgesetzte Gewinnung von Mehrwert für seine ausländischen Gönner und die lokale Bourgeoisie sicherzustellen. Diese Verbindung von Staat und Kapital festigt Kenias Position als neofaschistische Einheit innerhalb der imperialistischen Weltordnung.

Kennzeichen faschistoider Tendenzen Rutos

1. Institutionalisierte Unterdrückung und Folter

Ruto hat den Staatsterror in einem noch nie dagewesenen Ausmaß wieder eingeführt und legitimiert. Folterkammern, Entführungen und erzwungenes Verschwindenlassen – Instrumente, die einst mit autoritären Regimen der Kolonialzeit und der Zeit nach der Unabhängigkeit in Verbindung gebracht wurden – sind zur Routine geworden. Im Gegensatz zu verdeckter staatlicher Gewalt in der Vergangenheit normalisiert Rutos Regierung diese Maßnahmen und macht sie sogar öffentlich – eine klare Taktik, um Angst zu schüren und abweichende Meinungen zu unterdrücken.

2. Außergerichtliche Tötungen und Todesschwadronen

Das Regime setzt außergerichtliche Tötungen nicht nur zur Bestrafung, sondern exemplarisch ein, wobei es Oppositionsführer, Aktivisten und einfache Bürger ins Visier nimmt. Die Opfer werden verstümmelt und ihre Leichen in der Öffentlichkeit abgelegt, um die Botschaft zu vermitteln: Widerstand wird nicht geduldet. Diese Todesschwadronen operieren oft mit der Unterstützung ausländischer Geheimdienste wie der CIA der USA und des israelischen Mossad. Sie sind ein Spiegelbild der Geheimpolizei und der paramilitärischen Einheiten früherer faschistischer Regime, von Mussolinis Schwarzhemden bis zu Francos Falange.

3. Auslagerung der Unterdrückung an ausländische Paramilitärs

Der Rückgriff auf ausländische paramilitärische Kräfte aus Uganda, Somalia und dem Sudan unterstreicht die faschistischen Tendenzen des Regimes. Durch die Auslagerung von Gewalt an nichtstaatliche Akteure und ausländische Militärs untergräbt Ruto die Souveränität Kenias und nutzt ausländische Allianzen, um abweichende Meinungen im Land zu unterdrücken. Dies zeigt nicht nur die Verzweigung des Regimes, sondern auch seine Bereitschaft, die nationale Integrität für die Konsolidierung der Macht zu opfern.

4. Aushöhlung der verfassungsrechtlichen Garantien

Die kenianische Verfassung ist unter Rutos Regierung zu einer bloßen Fassade geworden. Die Unabhängigkeit der Justiz wurde ausgehöhlt und die Exekutive regiert nun ungestraft, indem sie rechtliche Verfahren umgeht, um ihren Willen durchzusetzen. Diese Untergrabung des Konstitutionalismus erinnert an historische faschistische Regime, in denen das Gesetz umgestaltet wurde, um einer autoritären Agenda und nicht dem Volk zu dienen.

5. Instrumentalisierung der Stammes- und Identitätspolitik

Der Faschismus lebt von der Spaltung und Rutos Regime ist da keine Ausnahme. Indem es Stammesfeindschaften schürt, Randgruppen zum Sündenbock macht und ethnische Konflikte schürt, schafft die Regierung einen Deckmantel, um ihre Klassenagenda zu verschleiern. Wie Hitler die Rassenpropaganda oder Mussolini den nationalistischen Eifer nutzten, bedient sich Ruto der Identitätspolitik, um die Opposition zu spalten und seine Herrschaft zu festigen.

6. Niederschlagung von Jugendbewegungen und der Aufstand der Generation Z

Die Proteste der Generation Z sind ein Beispiel für die wachsende Unzufriedenheit der kenianischen Jugend, die durch systembedingte Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und staatliche Gewalt hervorgerufen wird. Anstatt auf die Missstände einzugehen, hat Rutos Regierung mit brutaler Repression reagiert: Verhaftungen, Folter und außergerichtliche Tötungen. Dies spiegelt die faschistische Angst vor organisierten Jugendbewegungen wider, die in der Vergangenheit Katalysatoren für revolutionäre Veränderungen waren.

Eine Warnung an das kenianische Volk

Die derzeitige Entwicklung von Rutos Regierung ist kein isoliertes Phänomen, sondern Teil eines umfassenderen globalen Wiederauflebens ultrarechter Politik. Die „Faschisierung“ des kenianischen Staates ist eine direkte Reaktion auf die wachsenden Widersprüche des Kapitalismus und die Bedrohung durch den organisierten Widerstand. Durch die Normalisierung der Repression, die Kooptierung von Gewerkschaften und die Aushöhlung demokratischer Institutionen zielt Rutos Regime auf die Konsolidierung einer neofaschistischen Diktatur ab, die auf Kenias neokolonialen Kontext zugeschnitten ist.

Die Rolle der CPM Kenia

Als Vorhut der kenianischen Arbeiterklasse und der revolutionären Bewegung bleibt die Communist Party Marxist - Kenya in ihrem Engagement für den Kampf gegen den Faschismus in all seinen Formen unerschütterlich. Wir erkennen an, dass der Kampf gegen den Faschismus untrennbar mit dem Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus verbunden ist.

Unsere Aufgabe ist klar:

- Mobilisierung der Massen gegen die faschistischen Tendenzen des Regimes durch politische Bildung, Agitation und Organisation.
- Bündnisse schmieden mit fortschrittlichen Kräften auf lokaler und internationaler Ebene, um sich den imperialistischen Kräften zu widersetzen, die Rutos Regime stützen.
- Einsatz für den Sozialismus als einziges Gegenmittel gegen die Krisen des Kapitalismus und des Faschismus.

In Kenia ist der Faschismus keine ferne Bedrohung – er ist hier und passt sich unseren spezifischen historischen und geopolitischen Bedingungen an. Die Regierung von Präsident Ruto stellt eine gefährliche Konvergenz von Neokolonialismus, Imperialismus und Autoritarismus dar, die eine existenzielle Bedrohung für Kenias demokratische und fortschrittliche Bestrebungen darstellt.

Das kenianische Volk muss sich diesem Regime mit der vollen Kraft seiner kollektiven Macht widersetzen. Die CPM Kenia ruft alle Arbeiter, Jugendlichen und fortschrittlichen Kräfte auf, sich uns in diesem entscheidenden Kampf anzuschließen. Gemeinsam können wir die Grundlagen des Faschismus beseitigen und ein sozialistisches Kenia aufbauen, das Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für alle garantiert.

Eine extreme Rechte der besonderen Art, wie sie in Lateinamerika zu beobachten ist

Von Miguel Enrique Stédile, *Tricontinental: Institute for Social Research (Brasilien)*

Seit dem Aufkommen rechtsextremer Bewegungen wird versucht, sie zu definieren und zu klassifizieren, was zu verschiedenen Diagnosen und Bezeichnungen aus politischer und akademischer Sicht führt. Angesichts der fragmentierten und vielschichtigen Zusammensetzung solcher Manifestationen waren diese Versuche oft unwirksam. Trotz ihrer spezifischen Merkmale argumentieren wir, dass Jair Bolsonaro und Javier Milei Teil desselben Phänomens sind wie Donald Trump, Viktor Orban und Narendra Modi. Im *Tricontinental Institute* nennen wir diesen Trend die „extreme Rechte eines besonderen Typs“, eine neue Art der Rechten. Warum sollte man sie nicht als Faschismus bezeichnen? Und wie sieht die praktische Anwendung dieser Bezeichnung aus?

Zunächst definiert der brasilianische Philosoph Leandro Konder den Faschismus als eine Erscheinungsform der imperialistischen Phase des Kapitals, die durch die Führung des Finanzkapitals und einen staatlichen Monopolkapitalismus im Dienste der Kapitalkonzentration gekennzeichnet ist. Diese Phase setzt eine reaktionäre Vorbereitung voraus, der es gelungen ist, die antifaschistischen Kräfte, insbesondere die Kommunisten, zu untergraben.⁵ Zu dieser Definition können wir den Kult der Aktion und die Verachtung der Vernunft hinzufügen; das Verschweigen von Widersprüchen und das Bedürfnis nach einer Identität, die über diesen Widersprüchen steht – zum Beispiel die nationale Identität – deren Interpret der Führer ist. Und die vor allem die Mittelschicht als ihre soziale Basis hat. Für die brasilianische Soziologin Marilena Chauí haben die Heterogenität der Zusammensetzung dieses Segments, seine ideologische Ambiguität und wirtschaftliche „Enteignung“ zusammen mit der Angst vor Proletarisierung und dem Wunsch nach Aufstieg die Mittelschicht nicht nur konservativ, sondern auch in sich reaktionär gemacht.⁶ Die Gefahr der Proletarisierung, ein sozialer und wirtschaftlicher Abstieg, ist der Auslöser, der – durch den Diskurs institutioneller, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Krisen – den Anschluss der Mittelschicht an den Faschismus einleitet.

Hier ist eine erste Feststellung von entscheidender Bedeutung. Abgesehen von einigen kurzlebigen Organisationen – vor allem in Brasilien und Argentinien, wo es eine deutsche und italienische Einwanderung gab – und der Schaffung von faschistisch inspirierten Gesetzen zur Regulierung der Arbeit als solcher, ist es nicht möglich, die Existenz von groß angelegten und starken faschistischen Bewegungen in Lateinamerika im 20. Jahrhundert zu erkennen. Dies ist entweder auf die Schwäche des

5 KONDER, Leandro. *Introdução ao Fascismo*. São Paulo: Expressão Popular, 2009, S.53.

6 CHAUI, Marilena. *Apointamentos para uma crítica da ação Integralista Brasileira*. In: CHAUI, Marilena, FRANCO, Maria Sylvia Carvalho. *Ideologia e mobilização popular*. Rio de Janeiro: Centro de Estudos de Cultura Contemporânea, Paz e Terra, 1978, S. 590.

Finanzkapitals im Bereich der peripheren Gesellschaften zurückzuführen – die immer noch hauptsächlich agrarisch geprägt sind und eine unterentwickelte Form der Industrialisierung erleben – oder auf die Hegemonie einer anderen Form des Konservatismus, der im Wesentlichen von der katholischen Kirche unterstützt wird. Die Militärregime, die den Kontinenten in den 1960er und 1980er Jahren verwüsteten, sind besser als nationale Sicherheitsdiktaturen zu verstehen, die sich an den Leitlinien der Nationalen Sicherheitsdoktrin (NSD) orientierten und den Kontext des Kalten Krieges, des Antikommunismus und der Erfindung eines zu vernichtenden inneren Feindes widerspiegeln.

Merkmale der extremen Rechten eines besonderen Typs

Um auf den Begriff zurückzukommen: Ein entscheidender Faktor unterscheidet die extreme Rechte einer besonderen Art vom Faschismus. Obwohl es sich bei letzterem um eine Bewegung des Finanzkapitals handelt, ist er eine Reaktion und Opposition zum liberalen Kapitalismus. Andererseits scheint die extreme Rechte eines besonderen Typs den Kapitalismus gegen seine Selbstzerstörung durch den neoliberalen Pakt zu verteidigen, indem sie sicherstellt, dass die kapitalistischen Institutionen eine breite Basis in der Bevölkerung haben, die durch die Auswirkungen der dritten großen Depression verwirrt wurde (Tricontinental, 2024). Mit anderen Worten:

Dies ist es, was wir in Anlehnung an die Schriften unseres verstorbenen Senior Fellow Aijaz Ahmad als „die innige Umarmung zwischen Liberalismus und der extremen Rechten“ bezeichnet haben. Die Formulierung dieser „innigen Umarmung“ ermöglicht es uns zu verstehen, dass es keinen notwendigen Widerspruch zwischen dem Liberalismus und der extremen Rechten gibt und dass der Liberalismus in der Tat kein Schutzschild gegen die extreme Rechte ist, und schon gar nicht ihr Gegengift.

Die erste rechtsextreme Welle dieses Jahrhunderts, verkörpert durch Bewegungen wie den französischen Front National (FN), war in gewisser Weise eine konservative Reaktion auf das Scheitern des Neoliberalismus, die ein gewisses Maß an wirtschaftlichem Nationalismus und eine Ablehnung des Projekts der Europäischen Union beinhaltet. Seit 2008 ist aus der Unfähigkeit des Kapitalismus, seine eigenen strukturellen Krisen zu lösen, aus seiner Unfähigkeit, Wirtschaftswachstum zu erzeugen, eine neue extreme Rechte entstanden. Um eine Gesellschaft aufrechtzuerhalten, die von den superreichen 1 Prozent beherrscht wird, braucht das Finanzkapital zunehmend repressive Ansätze, um die Austeritätspolitik aufrechtzuerhalten und zu verschärfen. Daher ist die extreme Rechte keine Begleiterscheinung des Neoliberalismus, sondern seine nächste Phase, die notwendig ist, um die autoritäre Politik in der Wirtschaft oder der Justiz zu vertiefen und aufrechtzuerhalten.

7 PRASHAD, Vijay. Zehn Thesen über eine besondere Art der extremen Rechten. Wöchentlicher Newsletter Nr. 33. Tricontinental: Institute for Social Research, 2024. Verfügbar unter: <https://thetricontinental.org/en/newsletterissue/ten-theses-on-a-special-kind-of-far-right/>

In Lateinamerika hat die Regierung von Jair Bolsonaro zwei Kräfte zusammengeführt. Die erste ist mit dem Militär verbunden und lebt von den Spuren der Nationalen Sicherheitsdoktrin. Die zweite ist ultraliberal und mit dem Finanzkapital verbunden, wie zum Beispiel ihr Wirtschaftsminister – ein an der Börse angesehener Banker und Spekulant. In der Regierung von Javier Milei ist das Gewicht von Ultrakapitalismus und Ultraliberalismus noch deutlicher.

Ein weiterer Unterschied zwischen der extremen Rechten besonderer Art und dem alten Faschismus besteht darin, dass diese neue Erscheinungsform die Existenz von Massenparteien, wie sie für eine Industriegesellschaft typisch sind, ablehnt. Im Gegenteil, sie stützt sich in erster Linie auf die neoliberale Definition, dass die Gesellschaft aus Individuen besteht. Zweitens baut sie vor allem über soziale Netzwerke keine wirkliche Gemeinschaft auf, außer wenn es um die parasitäre Beziehung zu religiösen Gemeinschaften geht. Stattdessen entwickelt sie die Idee einer „Gemeinschaft durch das Internet oder einer Gemeinschaft durch Massenmobilisierungen von Individuen oder einer Gemeinschaft durch gemeinsame Symbole und Gesten“.⁸

Allgemeiner Rechtsruck

Schließlich gibt es Herausforderungen, denen sich die Linke stellen muss. Zunächst muss man sich fragen, warum die Opposition gegen die zweite Amtszeit von Donald Trump im Gegensatz zu seiner ersten Präsidentschaft nicht vorhanden ist oder schrumpft. Oder warum die Gegnerschaft zu Milei in Argentinien zu so vielen Schwierigkeiten geführt hat. Eine Hypothese besagt, dass es nach dem Aufkommen dieser neuartigen Rechten eine kleine und milde progressive Welle gab, mit Siegen in Bolivien, Kolumbien und Brasilien. Angesichts einer aggressiven Rechten kam es jedoch auch zum Aufstieg einer gemäßigten Linken, wie bei der Wahl von Alberto Fernandez in Argentinien, als der Kirchnerismus wieder an die Macht kam. Durch die Übernahme einer Praxis und eines Diskurses, die in einem ideologischen Extrem angesiedelt sind, und durch den Erfolg dieser Bewegung hat die extreme Rechte die Rechte selbst in diese Richtung verdrängt, während die Sozialdemokratie den konventionellen Platz in der Mitte einnimmt, und so weiter, nacheinander, mit der Linken. Alle machten einen Schritt nach rechts. Als gemeinsame Basis hat keiner von ihnen Lösungen für die strukturellen Ursachen der Krise präsentiert.

Dies ist auch ein gutes Argument dafür, die Definition der extremen Rechten eines besonderen Typs anzunehmen. Die klassische politische Formulierung geht von der Schaffung von Volksfronten, bürgerlich und proletarisch, gegen die Faschisten aus. Und hier ist nichts anschaulicher als die „Macron-Falle“: Die Austerität der „CEO-Kratie“ stärkt die rechtsextremen Alternativen, da die neoliberale Rechte verlangt, dass die Linke sich mit der Mitte oder der Rechten verbündet, um ihre Extreme zu vermeiden, während sie die wirtschaftliche Austerität beibehält.

⁸ PRASHAD, Zehn Thesen über eine besondere Art der extremen Rechten.

In gewisser Weise ähnelt dies der Situation in Brasilien. Luiz Inácio Lula da Silva wurde gewählt, um Jair Bolsonaro zu besiegen, und das Finanzkapital wurde zwischen den beiden Kandidaturen aufgeteilt. Gegenwärtig wird jeder Schritt Lulas „nach links“ als Bruch einer „breiten Front“ betrachtet, die in der Praxis zwar bei den Wahlen, nicht aber programmatisch existiert hat. Ein Teil der Regierung argumentiert, dass ein Bündnis mit der Rechten der einzige Weg sei, um eine Rückkehr der extremen Rechten zu verhindern, auch wenn dies bedeutet, dass die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt werden.

Schließlich ist der alte Faschismus auch entstanden, um den Kommunismus und fortschrittliche Bedrohungen zu beseitigen. Diese Art von Gefahr hat es in keinem der Orte gegeben, in denen die extreme Rechte eines bestimmten Typs jetzt regiert, auch wenn die antikommunistische Rhetorik eine nützliche Propaganda war. Leider ist die extreme Rechte entstanden, ohne dass es auf der Linken eine echte Kraft gab, die sie hätte aufhalten können. Generell ist es der Linken noch nicht gelungen, die drei Krisen zu überwinden, die die neoliberale Hegemonie in den 1990er Jahren verursacht hat: die theoretische Krise, da sie durch die Abkehr vom historisch-dialektischen Materialismus die Fähigkeit verloren hat, die Realität angemessen zu interpretieren; aufgrund des mangelnden Verständnisses der Veränderungen in der Geopolitik und der Arbeitswelt war die Linke nicht in der Lage, eine Reihe von Transformationen zu präsentieren, die von den Massen unterstützt werden; und die Partei und die Gewerkschaft als Instrumente des Kampfes haben ihre Strukturen und Funktionen wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts beibehalten, ohne die sich verändernde Vielzahl der Arbeiter und Unterdrückten der Welt einzubeziehen.

Vielleicht spricht nichts aufrichtiger über diese neue Art der extremen Rechten als die Kulturindustrie. Fernsehsendungen wie *The Walking Dead* bringen deutlich zum Ausdruck, wie diese Bewegung die Welt sieht. Es gibt keine Zukunft und keinen kollektiven Ausweg. Stattdessen gibt es nur jeder gegen jeden und eine Masse von Zombies, die übrig bleibt. Wenn die Linke der extremen Rechten Einhalt gebieten will, muss sie dem Finanzkapital entgegentreten und den Irrtum des Liberalismus und seine Komplizenschaft mit der extremen Rechten anprangern; sie muss Letztere in allen Bereichen herausfordern – auch in der Kultur. Außerdem muss sie wieder eine Zukunft und eine Möglichkeit der Transformation anbieten.

Aufbau einer faschistischen Reserve für die USA und darüber hinaus

Von Brian Becker, Party for Socialism and Liberation (PSL, USA)

Der Faschismus ist ein organisches Merkmal, das mit dem modernen Kapitalismus verbunden ist. Schon die Tatsache, dass Spanien, Italien und Deutschland 1940 von faschistischen Regimen beherrscht wurden, war ein Hinweis darauf, dass der Faschismus keine länderspezifische Anomalie, sondern vielmehr ein Trend im Kapitalismus war. In den Jahren 1941–42 wurde ganz Kontinentaleuropa von faschistischen Regierungen regiert. Auch in den Vereinigten Staaten gab es vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941 eine zunehmende Pro-Nazi-Stimmung. Kurz nach dem Angriff erklärte Deutschland den Vereinigten Staaten den Krieg, was zur Folge hatte, dass die pro-deutsche Unterstützung innerhalb der amerikanischen Bourgeoisie und anderer Gesellschaftsschichten wegfiel.

Der Triumph des Nationalsozialismus in Deutschland mit dem Aufstieg Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 war eine politische Entscheidung der deutschen Bourgeoisie. Die Nazis haben die Macht nicht ergriffen, sondern sie wurde ihnen übergeben. Die herrschende Klasse des deutschen Kapitals hatte beschlossen, dass der Nationalsozialismus die deutsche Linke und die von der Linken geführten deutschen Gewerkschaften liquidieren und die gesamte deutsche Arbeiterbewegung disziplinieren könne. Diese Entscheidung wurde getroffen, nachdem die deutsche Arbeiterklasse in den Jahren 1918, 1921 und 1923 mehrfach versucht hatte, die Staatsmacht zu übernehmen. Mitte der 1930er Jahre war es offensichtlich, dass die traditionellen politischen Zentren innerhalb der herrschenden Klassenmacht in Deutschland sich für den faschistischen Extremismus entschieden, um die Linke ein für alle Mal auszuschalten.

Die Besonderheiten von Trumps Herrschaft

Der Aufstieg der extremen Rechten in den Vereinigten Staaten findet heute unter Umständen statt, die sich von denen in Deutschland in den Jahren vor 1933 deutlich unterscheiden. Die herrschende Kapitalistenklasse in den USA fürchtet keinen revolutionären Vorstoß der Gewerkschaften, des linken Flügels oder der kommunistischen Parteien. Tatsächlich ist die bürgerliche Demokratie in den Vereinigten Staaten ein äußerst effektives System der Klassenherrschaft. Selbst wenn die Unzufriedenheit der Massen auf ein hohes Niveau gestiegen ist, wie es während der Regierung von George W. Bush der Fall war, bot der bürgerlich-demokratische Wahlprozess ein wirksames Sicherheitsventil für die Wut der Massen. Die Wahl von Barack Obama durch eine unzufriedene Bevölkerung war ein äußerst sicheres Ergebnis. Die demokratische Partei und die republikanische Partei sind, unabhängig davon, welche Person zu einem bestimmten Zeitpunkt an der Spitze der Partei steht, treue Diener der bestehenden kapitalistischen Ordnung. Es besteht keine Notwendigkeit, auf eine faschistische Partei

zurückzugreifen, um diese Organisationen zu ersetzen. Die Machtübernahme durch eine faschistische Organisation hätte eine destabilisierende Wirkung auf die kapitalistische Kontrolle über die US-Gesellschaft.

Donald Trump und sein Kabinett repräsentieren also einen rechtsextremen Teil der herrschenden Klasse in den USA, der die Form des Regierens im Rahmen der bürgerlichen Demokratie ändern will. Ihr Ziel ist es, alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen zu beseitigen, die von der Arbeiterbewegung in den 1930er Jahren erreicht wurden, wie sie vor allem im „New Deal“ von Franklin D. Roosevelt zum Ausdruck kamen, sowie die späteren Zugeständnisse an die massenhafte Bürgerrechtsbewegung, die die US-Gesellschaft in ihren Grundfesten erschütterte.

Im Weißen Haus von Trump gibt es faschistische Tendenzen. Vor allem steht die Regierung voll und ganz hinter der politischen Ausrichtung auf die weiße Vorherrschaft. Make America Great Again (MAGA) bedeutet für sie, dass die Vereinigten Staaten zu einer früheren Ära zurückkehren sollten, in der Apartheid oder apartheidähnliche Politik herrschten. Dies geschieht jedoch im Rahmen der Anwendung politischer Autorität durch die bestehende Republikanische Partei, nicht durch den Aufstieg einer faschistischen Partei.

Die meisten der rechtsextremen Maßnahmen des Weißen Hauses unter Trump sind in der Gesellschaft unpopulär, auch bei der Arbeiterklasse und der Wählerbasis der Republikanischen Partei. Aber Trump ist als politische Figur sehr populär. In dem Maße, in dem er sich das Programm der extremen Rechten zu eigen macht, haben sie das Gefühl, dass diese Politik der gesamten Gesellschaft aufgezwungen werden kann. Das rasante Tempo von Trumps Dekreten wurde von den Autoren des Project 2025, das bei der Heritage Foundation angesiedelt ist, im Voraus geplant. Der Grund dafür, dass sie so schnell vorgehen, ist, dass sie wissen, dass der Massenwiderstand als Reaktion auf ihre Politik wachsen wird, gerade weil diese Politik unpopulär ist. Sie gehen dabei mit einer militärischen Strategie vor. Sie wollen das politische Territorium erobern und es halten.

Das Project 2025, die Heritage Foundation, Elon Musk, J.D. Vance und Trump engagieren sich ebenfalls für die Unterstützung rechtsextremer Parteien, von denen sie hoffen, dass sie in Deutschland und ganz Europa die Regierung übernehmen werden. Sie haben ein ähnliches politisches Projekt für Lateinamerika.

Da das politische Establishment der Vereinigten Staaten unter Trump bei diesem Vorhaben die Führung übernimmt und die US-Medien eine so große globale Reichweite und einen so großen Einfluss haben, birgt ihre Initiative die Gefahr, weltweit faschistische Kräfte zu entfesseln.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Weiße Haus unter Trump eine innenpolitische und globale Agenda verfolgt, die darauf abzielt, rechtsextremen Kräften in Europa, den Vereinigten Staaten und Lateinamerika zusätzliche politische Macht zu

verleihen. Innerhalb dieser Kräfte gibt es faschistische Tendenzen, Gruppierungen, Organisationen und aufkommende Bewegungen. Im Falle einer tieferen sozialen/wirtschaftlichen Krise könnte dieses Projekt leicht eine erneuerte, ausdrücklich faschistische Bewegung in Europa und darüber hinaus hervorbringen.

Warum ist das kein Faschismus?

Es gibt mehrere Gründe, warum wir nicht erklärt haben, dass dies „Faschismus“ ist. Einer ist, dass wir glauben, dass dies eine verfrühte Prognose ist, die nur zu politischer Passivität führen wird. Es gibt keinen Grund, wegzulaufen und sich zu verstecken. Dieses Projekt der Rechten kann zurückgedreht werden. Das ist unserer Meinung nach nicht wie in Deutschland im Februar 1933. Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand wurde die Kommunistische Partei in Deutschland verboten und innerhalb weniger Wochen wurden mehr als 20.000 ihrer Mitglieder verhaftet. Im Mai 1933 wurden die freien, von der Linken geführten Gewerkschaften in ganz Deutschland zerschlagen. Polizei und Sturmtruppen durchsuchten Gewerkschaftsbüros. Die Gelder der Gewerkschaften wurden beschlagnahmt, und die Organisationen wurden aufgelöst. Wir stehen momentan nicht kurz davor, dass die kommunistischen und sozialistischen Bewegungen und Gewerkschaften liquidiert werden.

Vielmehr gibt es einen großen politischen Spielraum, um sich zu organisieren und zurückzuschlagen. Außerdem ist die herrschende Klasse in den Vereinigten Staaten derzeit überhaupt nicht geneigt, die bürgerliche Demokratie abzuschaffen. Auch hier handelt es sich um ein System, das für den Kapitalismus gut funktioniert hat. Trump und sein Team wollen bestimmte demokratische Merkmale innerhalb der bestehenden Regierungsform ernsthaft beseitigen. Auch diese Bestrebungen sorgen für Unruhe, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in den Führungsetagen der herrschenden Klasse. Die Menschen halten sozusagen den Atem an, weil Trump in rasantem Tempo einige Institutionen angreift, die innerhalb des US-Regierungssystems als selbstverständlich angesehen werden. Seine Angeberei und seine bombastischen Drohungen gegen jeden, der sich seiner Politik direkt widersetzt, haben ein gewisses Maß an Angst erzeugt. Trump führt innerhalb der US-Regierung eine Hexenjagd auf alle Bereiche durch, die sich seiner Meinung nach seiner vollständigen Kontrolle entziehen – und das Establishment der Demokratischen Partei leistet nur wenig Widerstand. Sollte es jedoch kurzfristig zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen oder sozialen Krise in den Vereinigten Staaten kommen, wird es unserer Meinung nach innerhalb der Elitesektoren erheblichen Widerstand gegen Trump und den Trumpismus geben.

Unser Schwerpunkt ist der Aufbau einer unabhängigen, sozialistischen Basisbewegung. Wir sehen weder die Demokratische Partei noch irgendeinen Teil der herrschenden Klasse als glaubwürdige Alternative zu Trump und zum Trumpismus an. Tatsächlich ist die herrschende Klasse als Ganzes, einschließlich der Demokratischen Partei, in den letzten Jahrzehnten erheblich nach rechts gerückt, was den Aufstieg von Trump und dem von ihm vertretenen rechtsextremen Sektor begünstigt hat.



<https://zetkin.forum/>

**KONTAKTIERT UNS
VIA E-MAIL ODER
SOCIAL MEDIA:**

contact@zetkin-forum.org

**Auf Instagram und X
@zetkinforum**

